

# DER WIRTSCHAFTLICHE AUFSCHWUNG DER TÜRKEI IM NEUEN JAHRTAUSEND

**WERNER GUMPEL** || Die Zeit, da die Türkei der „kranke Mann am Bosphorus“ war, ist vorbei. Nach der weitgehenden Abkehr vom Etatismus Atatürks und lange nach Reformen am Wirtschaftssystem zeigt sie im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung, der sich in hohen Wachstumsraten und steigenden Außenhandelsziffern manifestiert. Entsprechend wächst ihre politische Bedeutung in der nahöstlichen Region, aber auch ihre Bedeutung als Handelspartner für Deutschland und die Länder der Europäischen Union. Eine Mitgliedschaft in Letzterer wird allerdings auch in der Türkei immer kritischer betrachtet.

## **EINLEITUNG**

Die Türkei wurde lange als Entwicklungsland bezeichnet, und sie selbst betrachtete sich als solches, allerdings mit dem Zusatz: „entwickeltes“ Entwicklungsland. So war auch die Einstufung durch GATT und OECD. Zweifellos kann sie auch heute nicht als ein Industrieland bezeichnet werden, doch hat sie auf dem Weg dorthin beachtliche Fortschritte gemacht und sich in der gegenwärtigen Finanzkrise erstaunlich gut gehalten. Der ehemalige türkische Präsident Turgut Özal, der dem Land erhebliche Anstöße für den Weg in eine moderne Marktwirtschaft gegeben hat, hatte in Erwartung einer positiven Entwicklung das 21. Jahrhundert sogar zum „Jahrhundert der Türken“ erklärt. Darunter hat er allerdings nicht nur den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der Türkei, sondern ein unter türkischer Führung stehendes Zusammenwirken aller Turkvölker vom Mittelmeer bis nach Nordwestchina verstanden. Dazu ist es nicht gekommen und wird es wohl auch nicht kommen. Tatsächlich hat sich aber die Türkei zu einer Art Führungsmacht in der nahöstlichen Region entwickelt. Ursächlich hierfür ist zweifellos die aktuelle politische Situation im Nahen und Mittleren Osten, es sind aber auch die Fortschritte, die die Türkei in ihrer

wirtschaftlichen Entwicklung gemacht hat. Lenin hat einmal gesagt, dass Politik der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie sei. Die weltweite Anerkennung eines Staates und die ihm gegebene Möglichkeit einer Einflussnahme auf die Entwicklung in der Region und weltweit werden von dessen Wirtschaftskraft determiniert. Dies zeigt sich zunehmend bei der Türkei.

## **ETATISMUS ALS ENTWICKLUNGSSTRATEGIE**

Der Weg, den die Türkei zu gehen hatte und im 21. Jahrhundert zu gehen hat, ist weit. Es ist der Weg von einer durch staatlichen Interventionismus geprägten und weitgehend geplanten Wirtschaft (seit 1933) hin zur Marktwirtschaft. Allerdings muss hervorgehoben werden, dass es sich bei der Planung in der Türkei, die noch jetzt in Resten existiert, nicht um eine imperative Planung sowjetischer Art gehandelt hat, obwohl sie vom sowjetischen Vorbild beeinflusst gewesen ist. Imperativ war die Planung nur für den staatlichen Sektor der Wirtschaft, nicht jedoch für die Privatwirtschaft. In der Realität handelte es sich um eine Entwicklungsplanung. Dass Atatürk ein Wirtschaftssystem mit starkem staatlichem Interventionismus einem rein marktwirtschaftlichen System vorgezogen hat, lag daran, dass als Folge

der Misswirtschaft des Osmanischen Reichs das Land restlos verschuldet war und der ausländische Einfluss auf Grund der an fremde Mächte vergebenen „Kapitulationen“ groß gewesen ist. Die Türkei hatte nicht nur ihre Finanzhoheit an die europäischen Großmächte abtreten müssen, durch die Kapitulationen war sie auch einem Massenzustrom billiger Güter ausgesetzt, während umgekehrt der Export gewerblicher Produkte aus dem osmanischen Reich fast völlig zum Erliegen gekommen war. Hinzu kam, dass das Land wegen kriegerischer Ereignisse in den Jahren 1915 bis 1922 schwere Bevölkerungsverluste hinzunehmen hatte.<sup>1</sup>

Die Türkei litt über Jahrzehnte an einer niedrigen Kapitalbildungsfähigkeit aufgrund niedriger Pro-Kopf-Einkommen. Privaten Investitionen und mit ihnen der Adaption des technischen Fortschritts waren damit enge Grenzen gesetzt. Zudem waren sowohl die verkehrswirtschaftliche als auch die energiewirtschaftliche und die soziale Infrastruktur schwach entwickelt. Für wirtschaftlichen Fortschritt bedurfte es deren Schaffung bzw. Verbesserung, also wegen der mangelnden privaten Kapitalbildung staatlicher Investitionen, damit für einen einheitlichen Markt produziert werden konnte. Zudem musste ein leistungsfähiges Bankensystem geschaffen werden. Aufgrund der gegebenen politischen Situation war auch die Gewinnung von ausländischem Kapital nicht möglich. Daher musste der Staat eingreifen, um die mangelnde private Investitionstätigkeit zu ersetzen und als Investor die Voraussetzungen für einen sich selbst tragenden Industrialisierungsprozess zu schaffen. Dies konnte nur in einem gemischtwirtschaftlichen System erfolgen.

### **GRÜNDE FÜR DEN STAATLICHEN INTERVENTIONISMUS**

Der starke staatliche Interventionismus fand seine Rechtfertigung u. a. in dem stark ausgeprägten regionalen Dualismus des Landes: Den relativ wenigen industriellen Kernen, insbesondere dem Ballungsraum Istanbul, in dem heute 18 % der Landesbewohner leben, sowie Ankara und Izmir, in denen ca. 25 % der Gesamtbevölkerung konzentriert sind, standen die unterentwickelten und als rein agrarisch zu charakterisierenden Gebiete Zentral- und Ostanatoliens gegenüber. Die zurückgebliebenen Gebiete wirtschaftlich zu

erschließen, war wegen des herrschenden Kapitalmangels auf rein privatwirtschaftlicher Basis nicht möglich, zur Bekämpfung der dort herrschenden Arbeitslosigkeit und zur Nutzung des dortigen Wirtschaftspotenzials aber dringend erforderlich. Dass den staatlichen Aktivitäten in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Regionen des Landes nur ein beschränkter Erfolg beschieden war zeigt die Tatsache, dass die Abwanderung aus Ost-, Südost- und Zentralanatolien, mit den Zielen Istanbul, Mittelmeerprovinzen und Westtürkei, noch heute anhält. So sind allein in den letzten fünf Jahren zwei Millionen Menschen aus diesen Regionen in den Westteil der Türkei migriert. Türkische Quellen vertreten die Meinung, dass sich daran auch zukünftig nichts ändern wird.<sup>2</sup>

Die im Rahmen des Kemalismus ergriffenen Maßnahmen waren jedoch nicht eine Abkehr von jeglichen marktwirtschaftlichen Prinzipien. Der türkische Staat hat es niemals als seine Aufgabe betrachtet, die Produktionsmittel zu vergesellschaften und die private Initiative zu beseitigen. Er wollte vielmehr, wie bereits erwähnt, durch eigene Aktivität in Regionen und Sektoren, in denen die private unternehmerische Tätigkeit fehlte oder unzureichend war, durch staatliche Entwicklungsprojekte (Clusterbildung) die fehlende private Aktivität ersetzen. Als wichtiges Instrument dienten hierzu staatliche Entwicklungsbanken. Die staatlichen Eingriffe haben der privaten Initiative allerdings über Jahrzehnte hinweg nur einen geringen Spielraum gelassen. Die öffentlichen Unternehmen bedeuteten daher in der Realität die Etablierung eines weitreichenden, die übrige Volkswirtschaft dominierenden Staatssektors. Er blieb über die Jahrzehnte erhalten, wenngleich die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen zunahm. Erst das Streben der Türkei nach Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (heute Europäische Union) führte zu ernsthaften Bemühungen um eine Liberalisierung der Wirtschaft, wobei die Amtszeit des Wirtschaftsministers und späteren Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten Turgut Özal (gestorben 1993) in den achtziger Jahren spürbare Fortschritte brachte. Im November 1994 dann verabschiedete das türkische Parlament ein Privatisierungsgesetz, das aber zunächst keine neuen Anstöße brachte.

## **DIE WEICHENSTELLUNG ZUR EUROPÄISCHEN UNION**

Wesentlichen Einfluss auf die weitere türkische Wirtschaftsentwicklung auf dem Weg in das 21. Jahrhundert war der Abschluss eines Assoziierungsvertrags mit der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1963, der am 1. Januar 1964 in Kraft trat. Er gewährte der Türkei eine Reihe von Privilegien im Handel mit den Ländern Westeuropas. Sie selbst verpflichtete sich zum Abbau der bestehenden Handelshemmnisse, also vor allem der Zölle und Kontingente im Rahmen einer Übergangszeit. Es handelte sich jedoch um einen asymmetrischen Vertrag, da die Maßnahmen der EG schneller als die der Türkei erfolgten, denn die Türkei hatte den Status eines Entwicklungslandes zuerkannt bekommen. Seither bemüht sich die Türkei um eine Anpassung an die wirtschaftlichen und juristischen Normen der Gemeinschaft, was dem Land einen Modernisierungsschub gebracht hat. Im Jahr 1987 hat die Türkei einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft gestellt, dem bekanntlich bis heute nicht stattgegeben worden ist. Immerhin wurde zum 1. Januar 1996 die Zollunion vollendet, was für die Türkei eine bedeutsame Weichenstellung auf dem Weg in das 21. Jahrhundert bedeutet hat.

Die Entwicklung der türkischen Wirtschaft erfolgte allerdings wellenförmig. Jahren eines starken Wirtschaftswachstums folgten Jahre schwerer wirtschaftlicher Turbulenzen. So wiesen beispielsweise die Jahre 1997 bis 1999 hohe Wachstumsraten auf, zu Beginn des neuen Jahrhunderts ging es dann aber rasant bergab. Das Jahr 2001 brachte die schwerste Wirtschaftskrise des Landes seit 1945, verbunden mit einem Zusammenbruch des Bankensystems. Das Land stand vor dem Staatsbankrott. Danach erfolgte wieder eine Aufwärtsbewegung. Im Rahmen der Weltfinanzkrise erfolgte noch einmal ein starker Einbruch. Seit 2009 aber geht es wieder bergauf. Die Modernisierungsanstrengungen und eine Reihe von Reformen tragen Früchte. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts belief sich im Jahr 2010 auf 9,2 %, im Jahr 2011 auf 8,5 %, und lag damit weit über den Raten der Länder der Europäischen Union.<sup>3</sup> Im Jahr 2012 sank sie jedoch wieder auf 2,2 %. Euphorisch meldeten die „Deutsch-Türkischen Nachrichten“ am 22. Dezember 2012: „Bis 2050 hat die Türkei den Westen

überholt.“ Bis dahin gehöre die türkische Wirtschaft zu den „Top 10“ der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt.<sup>4</sup> Dies scheint eine leichte orientalische Übertreibung. Tatsache aber ist, dass die türkische Wirtschaft im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts erhebliche Fortschritte macht und einen Aufholprozess in Gang gesetzt hat. Dies führt dazu, dass sie für ausländische Investoren an Attraktivität gewinnt, wodurch der Entwicklungsprozess beschleunigt wird. So nahmen die ausländischen Direktinvestitionen im Jahre 2011 laut einem Bericht der UNCTAD auf Jahresbasis um 75 % zu und erreichten die beachtliche Höhe von 15,9 Mrd. Dollar. Das Ziel der Türken war, im Jahr 2012 sogar einen Zufluss von 20 Mrd. Dollar zu erreichen und damit wieder auf ein Ergebnis zu kommen, das vor dem der Vorkrisenzeit (2006) liegt.<sup>5</sup>

## **WIRKUNGEN DER NEUEN WIRTSCHAFTSPOLITIK**

Die mit dieser Entwicklung verbundene Abkehr vom Atatürk'schen Etatismus, die verbunden ist mit einem Übergang zu wirklich marktwirtschaftlichen Verhältnissen, hatte weitreichende volkswirtschaftliche Auswirkungen. Die zunächst galoppierende Inflation wurde gestoppt. Dies war vor allem möglich durch eine Reform und Umstrukturierung des Bankensystems. Die Inflationsrate lag im Jahre 1996 im Jahresdurchschnitt bei 80 %, 1999 lag sie bei 65 % und im Jahr 2002 noch immer bei 35 %. Einem Absinken der Inflationsrate auf 6,5 % im Jahr 2011 folgte allerdings ein erneuter Anstieg auf 9,2 % im Jahr 2012. Die Antiinflationpolitik der türkischen Regierung ist ein Anreiz für ausländische Investoren, ihr Geld in der Türkei anzulegen. Mehr als 4.000 deutsche Unternehmen haben inzwischen diese Gegebenheit genutzt, wobei die straffe Haushaltspolitik der türkischen Regierung zur Stärkung des ausländischen Vertrauens in die Türkei beigetragen hat. Das Haushaltsdefizit in Prozent des BIP ist von 3,3 % im Jahr 2010 auf 2,0 % im Jahr 2012 gesunken und hat damit Maastrichtniveau erreicht. Dieses Niveau hat mittlerweile auch die Staatsverschuldung (% BIP), die mit 37 % weit unter der Obergrenze des Maastrichtvertrags von 60 % liegt (Zahl für 2012).<sup>6</sup> Damit hebt sich das Land positiv von den meisten OECD-Staaten ab, was die OECD in ihrem

Länderbericht positiv erwähnt. Die Türkei ist mit Energie dabei, die bestehenden Staatsschulden abzubauen. Laut türkischen Presseberichten hat sie allein im Jahr 2011 Schulden in Höhe von 12,8 Mrd. Dollar getilgt.<sup>7</sup>

Eine andere positiv hervorzuhebende Entwicklung beim Weg in das 21. Jahrhundert ist die Abnahme der traditionell hohen Arbeitslosenquote, die im Januar 2013 auf 9,1 % gesunken ist (von 10,8 % im Jahr 2011). Die Zahl der im Land geschaffenen Arbeitsplätze hat entsprechend dem wirtschaftlichen Wachstum zugenommen. Bedeutender ist jedoch die demographische Entwicklung. Hat das Bevölkerungswachstum im Jahr 1960 bei 2,6 % jährlich gelegen, so lautete die Zahl für 2012 nur noch 1,2 %. Im Vergleich zu Deutschland, wo seit Jahren die Sterbefälle die Geburten übertreffen und ein stärkerer Bevölkerungsrückgang nur durch Zuwanderung vermieden werden kann, ist dies allerdings noch immer eine beachtenswerte Zahl. Die Bevölkerungszahl der Türkei nimmt also nach wie vor zu. Im Januar 2013 wurde sie mit nunmehr 75,6 Mio. ausgewiesen. Allein im Jahr 2012 belief sich der Zuwachs auf 903.115 Personen.<sup>8</sup> Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird die Bevölkerung der Türkei in wenigen Jahren die der Bundesrepublik Deutschland, des bevölkerungsreichsten Landes der EU, übertreffen, was nicht ohne Einfluss auf die Beitrittsverhandlungen bleiben dürfte.

Strömten in den Hochzeiten der Arbeitslosigkeit, also in den 60er- und 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts, jährlich um die 400.000 junge Menschen auf den Arbeitsmarkt, so hat sich dieser Ansturm nun erheblich vermindert, was auch seinen Ausdruck in der Statistik findet. Die Jugendarbeitslosigkeit ist von 25 % im Jahr 2009 auf 17,4 % im Jahr 2012 gesunken. Bemerkenswert ist, dass die ländliche Arbeitslosigkeit mit 6,4 % erheblich unter der städtischen liegt, die mit 11,6 % angegeben wird. Ursächlich hierfür sind jedoch die ländlichen Strukturen, insbesondere die ländlichen Familienbetriebe, die als eine Art „Saugschwamm“ für die Arbeitskräfte bezeichnet werden können. Immerhin sind fast 24 % der ländlichen Bevölkerung im Agrarsektor beschäftigt, 20 % im Industriesektor. Besonders stark wächst der Dienstleistungssektor, in dem mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen (50,7 %) Arbeit findet (Zahlen Juni 2012). Allerdings weist

die Beschäftigung im Agrarsektor eine abnehmende Tendenz auf, was vor allem auf die innere Migration in Richtung westliche Ballungsgebiete zurückzuführen ist.<sup>9</sup> Die geringe Größe der landwirtschaftlichen Betriebe, der geringe Bildungsgrad der Landwirte und die Schwierigkeit, das für eine Modernisierung des Agrarsektors erforderliche Kapital aufzubringen, machen gerade auch in Hinblick auf die Beschäftigungssituation einen strukturellen Wandel unumgänglich.

Der nach seiner Meinung nicht hinnehmbare Rückgang der Geburtenzahlen besorgt den in nationalistischen Kategorien denkenden Ministerpräsidenten Erdogan. Er kritisierte die von früheren Regierungen propagierten Geburtenkontrollmethoden und forderte anlässlich einer öffentlichen Hochzeitszeremonie von neu verheirateten Paaren am 20. Januar 2013 in Gaziantep, dass jede Familie „mindestens“ drei Kinder in die Welt setzen solle. „Die Zahl sollte über drei liegen. Das ist von großer Wichtigkeit für die Zukunft unserer Nation. ... Ein Kind bedeutet den Bankrott unseres Landes. Drei Kinder sind in Ordnung. Für die Zukunft unseres Landes benötigen wir aber vier bis fünf.“<sup>10</sup> Wie diese jungen Menschen mit Arbeitsplätzen und Nahrung versorgt werden sollen – darüber macht er sich anscheinend keine Gedanken.

### **PRIVATISIERUNG ALS INSTRUMENT DER WIRTSCHAFTSPOLITIK**

Seit dem Jahr 1986, also in jener Zeit, da Turgut Özal begonnen hatte, die Türkei zu einer Marktwirtschaft europäischen Stils werden zu lassen, läuft im Land ein Privatisierungsprozess, der durch das bereits erwähnte Privatisierungsgesetz von 1994 beschleunigt werden sollte, und dessen Ziel eine Marktwirtschaft europäischen Stils ist. Dies bedeutet eine endgültige Abkehr vom gemischtwirtschaftlichen Zwei-Sektoren-System des Kemalismus. Allerdings handelt es sich um einen Wandel, der sich nicht *uno actu* vollzieht, sondern der Jahre in Anspruch nimmt. Ministerpräsident Erdogan treibt ihn mit großer Energie voran. Ziel ist eine höhere Effizienz der bisher staatlichen Unternehmen, damit die Staatskasse mit den Verkaufserlösen gefüllt und die staatliche Verschuldung abgebaut werden kann. Insbesondere bei der Privatisierung der großen Konzerne erhofft sich die Regierung den Zufluss von Auslandskapital und von ausländischem Know-how.

Eine neue Privatisierungswelle begann im Jahr 2012 im Bereich der staatlichen Großunternehmen. Laut Aussagen des Finanzministers Mehmet Simsek soll im Jahr 2013 ein „Privatisierungsrekord“ erzielt werden.<sup>11</sup> Zweifellos müssen mit der Privatisierung auch umfangreiche Strukturreformen verbunden sein. Auf der Verkaufsliste stehen u. a. auch Firmen von strategischer Bedeutung. Dazu gehören die staatliche Öl- und Gas-Rohrleitungsgesellschaft ebenso wie die Post, die führenden Tee-Produzenten und die großen Agrarunternehmen. Ein solches Vorhaben bedarf selbstverständlich der Vorbereitung und wird weitere Jahre in Anspruch nehmen. Neben den vier großen Konzernen PTT, Botas, TIGEM und Caykur sollen auch die Stromverteilernetze, das Erdgasnetz von Ankara und einige Straßen, für deren Nutzung Zoll erhoben wird, entstaatlicht werden. Auch die beiden Brücken über den Bosphorus in Istanbul stehen zur Diskussion.<sup>12</sup>

Um einen wirklichen Erfolg zu erzielen, bedarf die Privatisierung der großen Konzerne der Ergänzung durch die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Darunter versteht man Unternehmen mit maximal 250 Beschäftigten. Sie sind gerade auch in beschäftigungspolitischer Hinsicht von nicht zu unterschätzender Bedeutung, sichern sie doch 80 % der Arbeitsplätze in der Türkei und erwirtschaften etwa zwei Drittel der gesamten Umsätze.<sup>13</sup> Sie repräsentieren den wachsenden türkischen Mittelstand und verdrängen langsam die großen Staatsunternehmen. In einer Studie der Industrie- und Handelskammer Ulm wird darauf hingewiesen, dass insbesondere die Entwicklung in den anatolischen Provinzen von Familienunternehmen getragen wird, die vor ein oder zwei Generationen als kleine Werkstätten begonnen haben. Heute aber, so die Studie, „stehen moderne Fabriken der unterschiedlichsten Branchen in den Gewerbe- und Industriezonen der mittleren Großstädte im Landesinneren der Türkei, in Adana, Gaziantep, Konya oder Kayseri. Die Entstehung einer mittelständischen Industrie hat die Unternehmenslandschaft deutlich verändert.“<sup>14</sup> Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Unternehmensgründungen von in der Bundesrepublik tätigen oder tätig gewesenen türkischen Arbeitnehmern in ihren Heimatgemeinden. Die Nutzung der in Deutschland erarbeiteten Ersparnisse für Investitionen

im Heimatland waren und sind ein nicht unbedeutender Beitrag zur Modernisierung und zur Schaffung eines Mittelstands, nicht minder aber auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den ländlichen Provinzen.

Für die KMU hat die türkische Regierung spezielle Förderprogramme entwickelt, die auch für deutsche Investoren und Kooperanten interessant sein können. Sie dienen der Stärkung von deren Wettbewerbsfähigkeit. Die KMU sind ein wichtiger Ansatzpunkt für eine weitere Ausdehnung des deutsch-türkischen Außenhandels, zumal ihre Rolle innerhalb der türkischen Wirtschaft weiter zunehmen wird.

### **ZUNEHMENDE EINGLIEDERUNG IN DIE WELTWIRTSCHAFT**

Der durch die umfangreichen Reformen ermöglichte wirtschaftliche Aufstieg der Türkei hat eine zunehmende Eingliederung in die Weltwirtschaft zur Folge. Die in der Vergangenheit betriebene Politik der Importsubstitution wurde durch den Ausbau der Handelsbeziehungen insbesondere zu den europäischen Staaten ersetzt, wozu das bereits erwähnte Zollunionsabkommen mit der Europäischen Union erheblich beigetragen hat. Die Änderung der handelspolitischen Strategie hat allerdings bereits unter Turgut Özal begonnen. Die diesbezüglichen Reformen, in deren Zusammenhang auch der Name des ehemaligen Wirtschaftsministers Kemal Dervis zu nennen ist, wurden von Ministerpräsident Erdogan fortgesetzt. Die Deregulierung der Märkte war ebenso eine wichtige Vorbedingung eines größeren internationalen Warenaustauschs, wie die Reform des Bankensystems. Das Bankensystem fand unter Dervis eine Stabilisierung durch Schließung und Umstrukturierung überschuldeter Banken bzw. durch deren Umschuldung. Dies hat eine Vereinfachung des Zahlungsverkehrs im Außenhandel und eine Verstärkung des Vertrauens in die türkischen Banken gebracht. Damit wurden erneut wichtige Weichen auf dem Weg in das 21. Jahrhundert gestellt. Der zunehmenden Liberalisierung im Bereich des Außenhandels entspricht ein Freihandelsabkommen mit Südkorea, das am 1. Mai 2013 in Kraft getreten ist.<sup>15</sup>

Eine wichtige Voraussetzung für die weitere Integration in die Weltwirtschaft und insbesondere für die Annäherung an die Europäische Union

ist die Verbesserung der über Jahrzehnte vernachlässigten Verkehrsinfrastruktur des Landes. Auch hier wurden in den vergangenen Jahren spürbare Fortschritte erzielt. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass die topographische Struktur der Türkei ein erhebliches Hemmnis darstellt und insbesondere den Eisenbahnbau erschwert. Eisenbahnen jedoch sind das effizienteste Landverkehrsmittel. Eine qualitative und quantitative Verbesserung fand, wenn von Ausbau und Modernisierung der Bahnstrecke Ankara – Istanbul abgesehen wird, dementsprechend vor allem das Straßennetz. Allerdings ist nunmehr vorgesehen, den Norden mit dem Süden des Landes mittels einer Hochgeschwindigkeitsbahnlinie zu verbinden. Sie wird von Trabzon am Schwarzen Meer nach Erzincan und später bis Diyarbakir in Südostanatolien führen (630 km).<sup>16</sup> Ein spektakuläres Infrastrukturprojekt stellt auch der geplante dritte Flughafen für Istanbul dar, der zunächst eine Kapazität von 90 Millionen Passagieren erhalten soll, mit einer Erweiterungsmöglichkeit auf 150 Millionen Passagiere pro Jahr.<sup>17</sup>

Der Strategiewechsel in der Handelspolitik und der eingeschlagene neue Weg zeigen, dass sich die Türkei, ebenso wie andere Länder, der Globalisierung, die die Weltwirtschaft im 21. Jahrhundert bestimmen wird, nicht entziehen kann. Auch wenn manchmal bezweifelt wird, dass die Politik der Importsubstitution in der Vergangenheit gerechtfertigt war – im Lichte der List'schen Schutzzolltheorie muss ihre Berechtigung zumindest in einem gewissen Maße anerkannt werden. Sie hat auch Erfolge gezeitigt. Doch war sie auch die Ursache dafür, dass sich das Land erst spät in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingegliedert hat, und dass die Entwicklung in gewisser Weise an den Bedürfnissen des Weltmarktes vorbeigegangen ist. Dieser Abschnitt der Wirtschaftsentwicklung gehört nun der Vergangenheit an. Die Türkei hat ihre Märkte geöffnet.

### **DIE TÜRKEI ALS HANDELSPARTNER**

Dass dies so ist, zeigt die Entwicklung des Außenhandels, der, allen internationalen Turbulenzen zum Trotz, eine bemerkenswerte Entwicklung genommen hat. So wuchs das Exportvolumen von 27,8 Mrd. US\$ im Jahre 2000 auf 135 Mrd. US\$ im Jahr 2011, das Importvolumen von 54 Mrd. US\$ auf 240,8 Mrd. US\$.<sup>18</sup> Das

bedeutet in beide Richtungen fast eine Verfünffachung. Allerdings stieg mit dieser Entwicklung auch das Handelsbilanzdefizit, das auch gerne als die „Achillesferse der türkischen Wirtschaft“ bezeichnet wird. Es hat sich im Verlauf der letzten Dekade versiebenfacht. Allein im Zeitraum von 2010 auf 2011 erfuhr es eine Erweiterung um fast 48 %, <sup>19</sup> was für die Türkei ein ernsthaftes Problem darstellt. Ursächlich für die Erweiterung des Außenhandelspotenzials ist das bereits erwähnte starke Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre.

Wichtigster Außenhandelspartner der Türkei ist seit Jahr und Tag die Bundesrepublik Deutschland. Das zwischen Deutschland und der Türkei ausgetauschte Außenhandelsvolumen hat in den vergangenen Jahrzehnten laufend zugenommen. Mit einem Wert von 37 Mrd. US\$ im Jahr 2011 stellt es für beide Volkswirtschaften einen beachtlichen Faktor dar. Es spricht nichts dafür, dass sich an dieser Entwicklung Grundsätzliches ändert. An zweiter Stelle unter den Handelspartnern steht Russland, das allerdings wegen steigender Preise für die Energieträger Erdöl und Erdgas dabei ist, Deutschland vom ersten Platz zu verdrängen. Mit großem Abstand folgen die Volksrepublik China, Italien und die USA. Zugenommen haben auch die Importe aus dem Iran und Indien,<sup>20</sup> wobei zu bemerken ist, dass der Iran und mit ihm der Irak vor dem Beginn der nahöstlichen Turbulenzen die wichtigsten Partner der Türkei gewesen sind. Deutschland kann aufgrund der Güterstruktur seiner Exporte damit rechnen, dass es auch in Zukunft seine führende Rolle beibehält. Iran und Irak werden nach Schaffung normaler Verhältnisse im Nahen Osten wohl wieder weiter nach vorn rücken, zumal sie den zunehmenden Bedarf der Türkei an Rohstoffen, insbesondere Brennstoffen und Vorprodukten, decken können. Deutschlands Stärke im Handel mit der Türkei liegt in den Warengruppen Maschinen und Anlagen, Automobilen und Erzeugnissen der chemischen Industrie (22,6 %, 21,9 und 16,5 % der Exporte).<sup>21</sup> Wichtigste Exportgüter der Türkei sind dagegen Textilien und Bekleidung (mehr als 38 % der Exporte). Der deutsch-türkische Warenverkehr zeigt in seiner Struktur Kontinuität. Auch dies spricht für einen Erhalt der engen wirtschaftlichen Partnerschaft in der Zukunft.

## **DAS ENDE DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSHILFE**

Einen nicht zu vernachlässigenden Faktor in den deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen stellt der inzwischen auf ca. 3 Millionen Menschen angewachsene türkische Bevölkerungsanteil in Deutschland dar. Dadurch, dass er weiterhin enge Beziehungen zum Heimatland unterhält, viele Türken auch vor und nach der Verrentung wieder in die Türkei zurückkehren, erhöhen sie den „Goodwill“ für deutsche Erzeugnisse, an die sie sich während der Jahre ihres Aufenthalts in Deutschland gewöhnt haben. Dies wirkt stabilisierend auf die deutschen Exporte. Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen stehen also auf solidem Boden. Da man davon ausgehen kann, dass die türkische Wirtschaft weiter wächst, wenn auch mit den unvermeidbaren Schwankungen bzw. der Wellenbewegung der Konjunktur, wird sich daran wenig ändern. Ein störender Faktor ist und bleibt allerdings wahrscheinlich nach wie vor das hohe türkische Außenhandelsdefizit, dessen Beseitigung kurzfristig nicht in Sicht ist. Wie weit die Entwicklung der türkischen Wirtschaft fortgeschritten ist zeigt die Tatsache, dass Deutschland die der Türkei über fünf Jahrzehnte gewährte Entwicklungshilfe „aufgrund der erfolgreichen dynamischen Entwicklung“ zum Oktober des Jahres 2012 eingestellt hat. Restmittel in Höhe von 92,5 Millionen Euro sollen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien eingesetzt werden.<sup>22</sup>

Ähnlich wie der Handel mit Deutschland verläuft der Handel mit den anderen Ländern der EU, wenngleich dessen Volumen erheblich niedriger ist. Aber auch dort verläuft die Entwicklung aufwärts. Hier findet die Zollunion einen sichtbar positiven Ausdruck. Es kann angenommen werden, dass der wirtschaftliche Aufschwung der Türkei nicht zuletzt das Ergebnis der Zollunion ist. Damit verbunden sind die Anstrengungen der türkischen Regierung, die Wirtschaft des Landes an die Standards der Europäischen Union anzupassen. Nach wie vor ist die Vollmitgliedschaft des Landes in der EU offizielle Regierungspolitik. Wird es aber wirklich dazu kommen?

## **WILL UND KANN DIE TÜRKEI WIRKLICH EU-MITGLIED WERDEN?**

Die Vorbehalte der Mehrzahl der EU-Staaten gegen eine solche Mitgliedschaft sind bekannt. Die Gegner eines Beitritts begründen ihre Stellung vorwiegend politisch und ideologisch. Ohne Zweifel kann die EU einer Mitgliedschaft kaum zustimmen, so lange dem Land die Verletzung von Menschenrechten vorgeworfen werden kann, oder das Kurdenproblem nicht gelöst ist. Auch die Bemühungen von Erdogan um eine Islamisierung der Türkei wecken Befürchtungen. Schließlich sind es aber auch zusätzliche finanzielle Belastungen, die auf die EU zukämen. Ihre Höhe wird sehr unterschiedlich geschätzt. Sie liegt, je nach Szenario, zwischen 24,2 Mrd. Euro (berechnet auf das Jahr 2014) und 33 Mrd. Euro (berechnet auf das Jahr 2025).<sup>23</sup> Schließlich verfügt die Türkei, wie gezeigt, über eine schnell wachsende Bevölkerung, was sie innerhalb weniger Jahrzehnte zum bevölkerungsreichsten Land der Union machen würde. Türkische Studien zeigen, dass Befürchtungen, Europa könne von Türken „überannt“ werden, nicht ganz unrealistisch sind. Laut einer Studie der türkischen Industriellenvereinigung TÜSIAD muss Europa langfristig mit 3 Millionen Zuwanderern rechnen, wenn den Türken nach dem Beitritt zur EU Freizügigkeit gewährt wird. Das türkische Staatliche Statistikamt geht von 2 Millionen Türken aus, die in den ersten 15 Jahren der Mitgliedschaft in eines der Mitgliedsländer auswandern würden. Dass dieses Mitgliedsland wohl vorwiegend Deutschland sein wird, ist unschwer zu erraten. Die EU-Kommission geht von bis zu 4 Millionen Zuwanderern bis zum Jahr 2030 aus.<sup>24</sup> Die Türkei exportiert also ihre Arbeitslosigkeit in die EU. Wie eine Verhöhnung wirkt es da, wenn der Präsident der türkischen Gesundheitsplanungsstiftung Yaser Yaser anlässlich einer International Conference on Population, Migration and Reproductive Health erklärt: „Die junge, dynamische und qualifizierte menschliche Ressource der Türkei ist die Sozialversicherung Europas.“<sup>25</sup> Gerade unter den jungen Türken in Deutschland ist die Arbeitslosigkeit groß.

Es stellt sich die Frage: Wollen die Türken überhaupt noch in die EU? Hier ist festzustellen, dass bei einer Meinungsumfrage im Jahr 2004 sich 70 % der Bevölkerung für den Beitritt ausgesprochen haben. Im Januar 2013 sprachen sich

dagegen nur noch 30 % für den Beitritt aus. Ministerpräsident Erdogan sagte am 5. Februar 2013 vor Journalisten, dass eine EU-Mitgliedschaft für die Türkei kein „sine qua non“, kein „muss“ sei. Die Türkei befinde sich in einem besseren Zustand als viele EU-Staaten.<sup>26</sup> Sie werde bald „eine Quelle der Inspiration für viele Länder und Regionen“ sein. Sie werde zu einem „Modell für die gesamte Nahost-Region“, so Finanzminister Simsek auf dem 2. Uludag-Wirtschaftsgipfel.<sup>27</sup> Wozu also noch eine Mitgliedschaft in der EU? Immer mehr wird erkannt, dass die mit einer Mitgliedschaft in der EU verbundenen Souveränitätsabtretungen für das Land schwerwiegende Folgen haben könnten, u. a. auch in Hinblick auf die wirtschaftliche Erschließung der osttürkischen Regionen. Brüssel, das „neue Moskau“, greift bekanntlich in ziemlich alle Bereiche von Politik und Wirtschaft ein. Auch das mit der sog. Finanzkrise aufgekommene Chaos in der Europäischen Union ermuntert nicht zu einer Mitgliedschaft.

Hinzu kommt, dass die Türkei ihre politische und militärische Position in der nahöstlichen Region in den vergangenen Jahren stark ausbauen konnte und sich immer mehr als Regionalmacht betrachtet. Die auf ihrem Gebiet errichteten Rohrleitungen für Erdöl und Erdgas stärken ihre Stellung gegenüber den europäischen Empfängerstaaten. Mit dem wirtschaftlichen und politischen Erstarren wächst das ohnehin starke nationale Selbstbewusstsein der Türken.

Mit einer baldigen Mitgliedschaft in der EU ist daher derzeit kaum zu rechnen, und je stärker das Land politisch und ökonomisch wird, desto weniger wird es in die EU streben. Das bedeutet jedoch nicht, dass dadurch die wirtschaftliche Zusammenarbeit eingeschränkt würde. Es gibt viele Möglichkeiten, zum gegenseitigen Nutzen zu kooperieren, ohne EU-Mitglied zu sein. Ein Beispiel hierfür ist die Schweiz. Warum also keine Schweizer Lösung?

Zusammenfassend kann jedoch festgestellt werden, dass die türkische Wirtschaft auch in den kommenden Jahren weiter wachsen und sich entwickeln und in die internationale Arbeitsteilung eingliedern wird. Ihre Anfälligkeit gegenüber externen Krisen wird sich mehr und mehr verringern. Damit wird sie für Deutschland und für die EU über das bisherige Maß hinaus in diesem Jahrhundert ein wichtiger Handelspartner sein.

---

**|| PROF. DR. WERNER GUMPEL**

---

Emeritierter Professor für Wirtschaft und Gesellschaft Ost- und Südosteuropas;  
Vorstand des gleichnamigen Instituts der  
Universität München

**ANMERKUNGEN**

- 1 Vgl. hierzu Gumpel, Werner: Etatismus oder Sozialismus. Eine Untersuchung über Prinzipien und Effizienz der Entwicklungspolitik in der Türkei und Sowjet-Mittelasien, in: Probleme des Industrialismus in Ost und West, Festschrift für Hans Raupach, hrsg. von Werner Gumpel und Dietmar Keese, Wien / München 1973, S. 47.
- 2 Sönmez, Mustafa: Kurds still migrating to western Turkish cities, in: Hürriyet Daily News, 4.5.2013.
- 3 Fuster, Thomas: Widerstandsfähige Türkei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.7.2012.
- 4 Türkei wird eine der größten Volkswirtschaften Europas, [www.deutsch-türkische-nachrichten.de/2012/12/4648132/wirtschaft](http://www.deutsch-türkische-nachrichten.de/2012/12/4648132/wirtschaft)
- 5 Foreign direct investment in Turkey soars by 75 pct, in: Hürriyet Daily News, 6.7.2012.
- 6 Turkey to decrease debt burden to 37 pct in 2012, in: Hürriyet Daily News, 7.7.2012.
- 7 FAZ, 14.7.2012; Hürriyet Daily News, 1.3.2012.
- 8 Hürriyet Daily News, 28.1.2013.
- 9 Turkish unemployment falls unlike EU countries sowie Turkey cut jobless rate to 5 pct by 2023, in: Hürriyet Daily News, 16.6./4.7.2012.
- 10 Turkish PM ups the ante in call for more children, in: Hürriyet Daily News, 21.1.2013.
- 11 2013 the year of sell-offs, minister says, in: Hürriyet Daily News, 17.1.2013.
- 12 Hürriyet Daily News, 13.7.2012.
- 13 IHK Ulm: Türkei – KMU auf Türkisch, [www.ulm.ihk24.de/international/Tuerkei\\_Kompetenzzentrum](http://www.ulm.ihk24.de/international/Tuerkei_Kompetenzzentrum)
- 14 Ebd.
- 15 Hürriyet Daily News, 1.4.2013.
- 16 Railway to connect north and southeast of Turkey, in: Hürriyet Daily News, 25.1.2013.
- 17 Tender for the third airport to be launched in one week: Minister, in: Hürriyet Daily News, 17.1.2013.
- 18 Zahlen nach Knupp, Marcus: Deutschland war 2011 wichtigster Handelspartner der Türkei, in: Germany Trade & Invest, [www.gfai.de/GTAI/Navigation/Trade/maerkte,did\\_445008](http://www.gfai.de/GTAI/Navigation/Trade/maerkte,did_445008), Quelle: Türkisches Statistikamt.
- 19 Istanbul „main source“ of foreign trade gap: report, in: Hürriyet Daily News, 21.1.2013.
- 20 Ebd.
- 21 Zahlen für 2010, Quelle: Destatis, Germany Trade & Invest 2013.
- 22 Deutschland beendet Entwicklungshilfe für Türkei, in: Spiegel Online, 2.10.2012, [www.spiegel.de/politik/ausland/deutschland-beendet-entwicklungszusammenarbeit](http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutschland-beendet-entwicklungszusammenarbeit).
- 23 Quaisser, Wolfgang / Wood, Steve: EU Member Turkey? Preconditions, Consequences and Integration Alternatives. Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa, Arbeitspapier Nr. 25, Oktober 2004.
- 24 Pressespiegel der TÜSIAD-Repräsentanz Berlin, 5.1.2004.
- 25 Yaser, Yaser: Young population of Turkey vs. aging European population. What lies ahead?, in: Turkish Daily News, 1.12.2004.
- 26 Turkey „with or without“ EU, in: Hürriyet Daily News, 6.2.2013.
- 27 Hürriyet Daily News, 1.4.2013.